

Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis M. 3.90 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich;
durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk M. 3.90,
im sonst inländischen Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.

Anzeigenpreis: die einspaltige Pettzeile oder deren
Raum 16 Pfg., auswärts 20 Pfg. Kellamezelle
60 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 109, Fernsprecher Nr. 88.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftl.: Th. G. A. G., beide in Wildbad.

Nr. 244

Dienstag, den 28. Oktober 1919

Jahrgang 53

Der Kampf gegen das Schieber- tummel.

Erst unbemerkt, dann beachtet, aber die Köpfe ange-
sehen, verachtet, dann schließlich allgemein gefürchtet —
so ist das Schieberwesen in Deutschland riefungslos ge-
worden. Der Schieber, der sich gegen den Hinterschmuggler
brennt, hat gerade deshalb so heftige Formen angenommen,
weil sich jeder einzelne mitschuldig fühlt, zur Abschaffung der Schiebererei beizutragen zu
haben. Wer nicht in der Lage war, sich aktiv zu be-
teiligen, der tat es zumindest passiv als Käufer ver-
bolener Waren. Mit der vorläufig gewährten Rati-
onen und mit der abendlichen Verabreichung, daß der
menschenwürdige Käufer einen so gar kein Recht gebrauchte,
vermochte sich niemand abzurufen. Heute darf schon
mit gerechtem Stolz um sich blicken, wie wenigstens an-
fangs, als die Wägen der Notlage sich erst langsam
zuletzt zu mächtigen Trümmern, der Verdrängung mannschaft
widerstanden hat. Ist er auch bereits damals von den
schlauen und ganz verstanden Erfindungen verdrängt wor-
den, die nur an das eigene Wohlbedachten dachten, so
hat er doch in die Jahre der größten Verdrängung das
Bewußtsein mit sich genommen, wann- oder überhaupt
getreuhaft mit dem Verdrängten angeschlossen zu sein
und am Durchgehen mitzuhalten zu haben.

Der Schieber ist eine wirtschaftliche Macht in dem
Augenblick geworden, da die am liebsten zusehenden Ver-
braucher und sonstigen lebensnotwendigen Dinge den
Bedürfnissen ganz und gar nicht mehr genügt und die
Unterernährung in jeder Hinsicht anhub. Die Kunst ge-
wonnene rauchte schnell an Umfang und Bedeutung. Was
erst Danksagung geübt hatten, die persönliche bessere Ver-
sorgung auf Kosten der Allgemeinheit, das ahnten die
Millionen schnell nach. Ob damit die Gesamtheit noch
so empfindlich geschädigt wurde, galt gleich, wenn man
nur sich selber verdrängt hatte. Die ungewöhnliche Kraft
des Schieberwesens wurzte in der nur lässigen ge-
gebenen Zwangsverdrängung und der Schiebererei. Dem
legitimen Handel wurde das Leben von Woche zu
Woche schwerer gemacht; er wurde schließlich, zwischen 10
oder 20000 Verdrängungen, nicht mehr als noch aus und
zog es schließlich vor, seine Reste abzugeben. Mitunter
man erhebt bei jeder Gelegenheit, wegen Überverteilung
irgend einer Kriegsverdrängung bestraft zu werden, so
schien es vielen ratsamer, dann wenigstens an der Ware
ausgewiesend zu verdrängen und sich nicht mehr an die
bedrücklich schmerzlichen Preise zu halten.

Wir müssen die uns gebührende moralische Kraft ein-
setzen, um Deutschland von dem Uebel zu befreien, das
sich so unsagbar tief eingegraben und alle Stände ergriffen
hat. Um aber der Schiebererei das verdiente Grab in
Aehren zu bereiten, ist es unbedingt erforderlich, ihr den
sumpfigen Boden zu nehmen. Nichts leichter als phar-
isaischer Tadel und demütigste Mißbilligung. Solange
wilde Nachfrage das dürftige Angebot übersteigt, werden
Schieber und Kriegsverdränger ihre wilde Ernte halten.
Sie werden es umso länger, je näher wir uns an Ein-
zelheiten der Kriegswirtschaft kommen, die eigentlich
11 Monate nach Kriegsende kaum abgeklungen sind.

Selbstverständlich ist die Abkehr zum freien Handel
nicht mit einem Schlag möglich. Schrittweise muß der
Damm abgetragen werden, der uns ebenfalls vor dem
Fortfluten und Verdrängen der Waren schützte, während
er jetzt eigentlich nur noch dazu dient, den hässlichen
Nest vor den Augen der Allgemeinheit zu verbergen und
Barzahlungsfähigkeit zugänglich zu machen. Deutschland
hat heute die Pflicht, sich allmählich auf die beschiedenen
Weltmarktpreise einzustellen. Je eher dies ge-
schieht und wir nicht mehr billige Preise für Dinge ver-
langen, die nun einmal in der ganzen Welt teurer ge-
worden sind, desto rascher befreien wir uns von dem
blut- und kraftzehrenden Baum der Schiebererei. Zu-
nächst hat die Freigabe mancher Ware — es sei nur
an die Dämme und das Leder erinnert — zu einer erneuten
und wahrhaftigen Preisverdrängung geführt. Aber abge-
sehen von den Rechten, denen sich der grüne Tisch schul-
dig gemacht hat, muß auch bedacht werden, daß das Ver-
drängen einzelner Stellen aus dem Gemäuer die Blut-
wunde, gerade in die entzündeten Stellen mit besonders
wilder Wunde hineinzuschneiden.

Bis zu den gütlichen Tagen, wo bereinst die Auf-
hebung der Zwangsverdrängung auf der ganzen Linie er-
folgen kann, wird auch das Schieberwesen nicht völlig aus-

gerottet sein. Wohl aber wäre es durch unausgesetzte
Aufklärungsarbeit einigermaßen zu brandmarken. Dies
scheint uns zurzeit Hauptaufgabe der führenden Stellen
Deutschlands, Hauptaufgabe auch der Presse. Es darf
nicht länger geduldet werden, daß man den Schieber als
Natur- und Staatsnotwendigkeit betrachtet, dessen Tätig-
keit höchstens ein verzeihendes Lächeln verdient. Ange-
messene, dabei erträgliche Anpassung der deutschen Preise
an die des Weltmarkts, die Verdrängung der Städte durch
landwirtschaftliche Organisationen auf Grund einer
Zwangsunterlage mit einer bescheidenen Prämienzahlung
für Produktionssteigerungen würde die noch allzu aus-
gedehnte Zwangswirtschaft überflüssig machen, sobald da-
mit eine Gewähr besteht, daß die Verdrängung der Be-
völkerung mit Brotgetreide genau so gut arbeitet wie
bei der staatlichen Bewirtschaftung, die auf diesem Ge-
biet tatsächlich vorzügliches geleistet hat. Einweisen
läßt sich jedenfalls die Zwangswirtschaft noch nicht ent-
ziehen.

Graf Häfeler †.

Auf seinem Gut Harnetop bei Briezen (Branden-
burg), im Oberbruch, ist Generalleutnant Graf von Hä-
feler im Alter von nahezu 84 Jahren an einem Herz-
schlag plötzlich gestorben. Graf Gottlieb von Häfeler war
am 19. Januar 1836 auf dem väterlichen Gut Harnetop
geboren. Er trat 1853 als Leutnant in das Pionier-
regiment ein, kam bald in den Generalstab und machte die
Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71 mit. 1889 wurde er zum
Oberquartiermeister im Großen Generalstab und 1890 zum
kommandierenden General des 16. Reservekorps (Neh.) ernannt,
das er durch strenge Mannszucht und Schlachtfertigkeit zu
vorbildlicher Höhe erhob. Die unbedingte Rechtlichkeit, die äußerste
Einsetzung der eigenen Person in den Dienst verschaffte
dem General trotz aller Strenge eine beispiellose Ver-
ehrung bei seinen Truppen. Mit der Verdrängung des
Rangs eines Generalleutnants wurde Graf Häfeler
1903 zur Disposition gestellt. Im Weltkrieg stellte er
sich trotz des Alters von über 78 Jahren noch einmal
zur Verfügung. Er führte kein Kommando mehr, aber
oft sah man den greisen Feldmarschall in den vordersten
Linien und in den Schützengräben der fünften Armee. Wie
weit er durch seinen Rat als Generalstabier an den Ar-
beiten der Heeresleitung mitgewirkt hat, ist in weiterer
Reihe nicht bekannt, aber daß sein Erscheinen unter der
Truppen draußen mächtig anfeuernd wirkte, ist eine tau-
sendfach bestätigte Tatsache. Häfeler war Soldat und nur
Soldat. Für ihn gab es nur eines: die Pflicht. Und
wie er für sich selbst die Pflichterfüllung über alles
stellte, so verlangte er es auch von seinen Untergebenen.
Graf Häfeler hinterläßt keine Nachkommen, er blieb un-
verheiratet.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 25. Okt.

Reichseisenbahnamt.
Minister Dr. Bell: Die wichtigste Aufgabe des
Reichsverkehrsministeriums auf dem Gebiet des Eisenbahn-
wesens ist die Überleitung der Staatsbahnen auf das
Reich. Bei der Besetzung des Ministeriums ist auf die
beteiligten Länder weitestgehende Rücksicht genommen
worden. Die Techniker werden entsprechende Verdrän-
gungen finden. Auch Nichtakademiker aus dem prak-
tischen Dienst sollen in leitende Stellen befördert werden.
Verhandlungen zur Bildung einer Vertretung der Or-
ganisationen des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals in
Reichsverkehrsministerium werden aufgenommen. Die Sit-
zung soll im März stattfinden. Dringend reformbedürftig
ist besonders das Werkstättenwesen. Der Geist der Unzu-
friedenheit und Unruhe, der heute im Personal steckt, werde
einer ruhigeren Stimmung weichen. Auf dem Gebiet der
Tarifpolitik bezeichnet der Minister die Aussichten als
recht trübe. Unter Umständen werden die Eisenbahntarife
weiter erhöht. Eine wesentliche Aufgabe wird sein, ein
einheitliche Wasserstraßenpolitik durchzuführen.
Ein Gesetzentwurf über das Reichsluftrecht ist in Vor-
bereitung. Für das Kraftfahrwesen soll in Zu-
kunft lediglich die Verwaltung der für fiskalische Zwecke
ausgegebenen Kraftwagen der Zuständigkeit der
Bewirtschaftungsstellen des Reichsverkehrsministeriums ver-
bleiben, während das Reichsverkehrsministerium für die
Bewirtschaftung sämtlicher übrigen Aufgabengebiete zustän-
dig sein soll.

Wir müssen zu einheitlichen Richtlinien für die
Konstruktionsfrage, Beschaffung, Abnahme und Unterhal-
tung für die verdrängten Kraftwagen kommen. Zur
Verkehrsnot bemerkt der Minister, daß dieses Problem
vor allem einen hochpolitischen Charakter habe. Ge-
linge es nicht, in kürzester Zeit der weiteren Steigerung
der Verkehrsnot einen Niegel vorzuschieben, so haben wir
bestimmt mit dem Zusammenbruch unseres Wirtschafts-
lebens und der Verdrängung des deutschen Volks mit den
notwendigsten Bedarfsartikeln zu rechnen.

Abg. Kohler (Soz.): Die Eisenbahn befindet sich in
einem trostlosen Zustand. Im Westen zeigt sich eine
große Korruption im Eisenbahnwesen. Ganze Züge wer-
den verschoben. Zwangsmaßnahmen heben die Arbeits-
freudigkeit nicht, wohl aber anständige Bezahlung, Demo-
kratisierung und Mitbestimmungsrecht.

Abg. Schirmer (Str.): Zur Hebung des Verkehrs-
wesens sollen, wie in England, die Luxusautos heran-
gezogen werden. Warum wird nicht zugunsten der Zu-
fuhr von Lebensmitteln und Kohlen einmal für 8 Tage
jeder Personenverkehr eingestellt?

Minister Dr. Bell: Die aus Elsaß-Lothringen ver-
drängten Angestellten, Beamten und Arbeiter und deren
Familien werden nicht vergessen werden. Der Fonds
für Unterhaltungen ist um 60 Millionen erhöht worden.
Im Werkstättenwesen liegt der Hauptgrund für unsere
Verkehrsnot. Die Heranziehung aller Verkehrsmittel wirkt
vor den Luxuswagen nicht Halt machen.

Abg. Dr. Joepfel (D. D. P.): Jede Programmred-
eines Ministers ist schön, aber weniger Grundzüge, d. h.
weniger Verträge und mehr Fleisch, wäre uns lieber.
Das Personal muß sich seiner Pflichten bewußt sein. Wo
dieses Bewußtsein fehlt, muß energisch eingegriffen wer-
den. Da könnte heute viel mehr geschehen. Wenn die
entscheidenden Stellen Entschlußkraft zeigen, wird der Ar-
beitswille bei der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten
ganz wesentlich gestärkt werden. Aber mehr Geld und
weniger Arbeit, das können wir auf die Dauer nicht er-
tragen. Wir alle haben die Verkehrseinheit als einen
bedenklichen Fortschritt erachtet.

Abg. Deglerk (D. Rat.): Die Übernahme der Ei-
senbahnen durch das Reich ist schon Bismarcks Idee ge-
wesen. Jetzt in dieser schlimmen Zeit soll sie Gestalt er-
halten. Nach den großartigen Leistungen der Eisenbahnen
im Krieg ist es schmerzhaft zu sehen, wie die zerpenden
Einflüsse der Revolution auch die Arbeiterschaft und die
Beamtenchaft ergriffen haben. Die Eisenbahner müssen
sich selbst davon befreien. Dem Verkehrsministerium fehlt
jede Kraft, sich Geltung zu verschaffen. An seiner Spitze
steht ein Nichtsachmann. Er steht vor einer vollkommen
neuen Aufgabe in schwerster Zeit. Wir zweifeln nicht
an seinem guten Willen; aber wir haben keine Zeit zu
solchen Experimenten. Die Einigkeit zwischen Preußen
und dem Reich in Eisenbahnfragen scheint nicht allzu
groß zu sein. — Redner empfiehlt dann einen Antrag
Anstadt auf Einsetzung eines parlamentarischen Beirat
bei dem Ministerium.

Minister Dr. Bell: Die Vorarbeiten für den Ka-
nal von Hannover bis Magdeburg sind abgeschlossen.

Abg. Bod (U. S.): Die Strecken sind eine Folge der
unwürdigen Behandlung der Arbeiter. Die schlechten Lei-
stungen der Werkstätten beruhen auch auf dem Mangel
an Material, an Werkzeugen und Maschinen.
Der Rest des Etats wird angenommen.

Der Gesetzentwurf über die große Vermögensabgabe
(Reichsnotopfer) wurde im Steuerauschuß in 2. Lesung
mit 17 gegen 4 Stimmen der Deutsch-nationalen und der
Deutschen Volkspartei angenommen.

Die Nationalversammlung wird sich voraussichtlich
am Donnerstag bis zum 18. November vertagen.

Neues vom Tage.

204 Milliarden Reichsschulden.

Berlin, 27. Okt. Im Reichsrat wurde die Ergän-
zung des Reichshaushalts für 1919 beraten. Nach den
Entwürfen haben sich die Reichsschulden im laufenden Jah-
re um 40,9 Milliarden Mark vermehrt. An schwelende
Schuld sind bis jetzt 82 Milliarden Schapanweisungen
im Umlauf, sodaß sich die gesamte Schuld auf 172 Mil-
liarden beläuft; am 1. April werden sie 204 Milliarden
betragen (vor dem Kriege 4,9 Milliarden). Für außer
ordentliche Zwecke sind im Haushalts 31 Milliarden vor-

gegeben, darunter 17 Milliarden zur Erfüllung von Bedingungen des Friedensvertrages.

Die preussischen Finanzen.

Berlin, 27. Okt. Der preussische Staatshaushalt weist in dem Halbjahr von April bis Oktober einen Fehlbeitrag von 2,1 Milliarden auf.

Vernstorf über die auswärtige Politik.

Magdeburg, 27. Okt. Der frühere Botschafter Bernstorff hat bekanntlich den Adelstitel abgelegt. Er sagte in einer hiesigen Versammlung, Deutschland müsse die wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten wieder aufnehmen, die Verhängung von Wirtschaftssanktionen ohne ausländischen Kredit sei unmöglich. Wir müßten erlernen, was die Feinde unter den Wiedergutmachungsbedingungen verstehen. Der Friedensvertrag müsse abgeändert werden. Wenn Wilsons Haltung auch noch so ehrlich sei, haben wir, am Völkerbund muß Deutschland sich doch beteiligen. Es sei gut, daß die Arbeitssituation in Washington besichtigt werde.

Arbeitsleistung in den Betriebswerkstätten.

Berlin, 27. Okt. Da die Arbeitsleistung im Monat September ebenfalls gesunken ist, hat der preussische Eisenbahnamt eine nochmalige Abstimmung in den Betriebswerkstätten über die Wiedereinführung der Arbeitsleistung angeordnet.

Militäraufgebot gegen die Schieber.

Hiel, 27. Okt. Aus Hiesburg wird berichtet: An der Feld- und Betriebsstellungen nach den Abmahnungsgeboten bzw. nach Dänemark ein Ende zu machen, werden zwei Schwadronen der Schleswiger Husaren an die Nordgrenze der weiten Zone aufgestellt.

Erzbischof Faulhaber gegen den Steuerwidrig.

München, 27. Okt. Auf dem Münchener Katholikentag, an dem auch der päpstliche Nuntius Pacelli teilnahm, hat Erzbischof Faulhaber einen mit kirchlichen Besatz angestellten Vortrag über die Religion und die Kirche im öffentlichen Leben. Der Redner wandte sich unter wiederholter Zustimmung der Versammelten gegen das derzeitige Bestreben, den Einfluß von Kirche und Religion aus dem öffentlichen Leben auszuschalten und betonte, daß mit der Ausschaltung der Religion jedes Staatsmorale verlorene gehen müsse. Der Erzbischof erklärte u. a. auch, daß jeder Gottesgläubige das Recht habe, den Steuerwidrig zu verweigern, da die Gottesgläubigen durch den Eid bis auf den letzten Pfennig geschützt und geschützt würden, während die Freireligiösen nicht in Gefahr kämen, wegen Meineids gefaßt zu werden.

Das Urteil im Geiselmordprozess.

München, 27. Okt. Die Reichswehrsoldaten Müller und Malowky wurden wegen Totschlags zur Zuchthausstrafe von 14 Jahren, der Soldat Grabatzki zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Kreiner wurde freigesprochen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 27. Okt. Die französische Regierung hat die deutsche Regierung um Aufklärung über die „Verschwörung der Neutralen“ im Krieg ersucht. Es wird behauptet, daß einer der Beteiligten, der Ingenieur Köhler in ständigem telegraphischem Verkehr mit dem in Berliner Auswärtigen Amt angestellten Herrn Grumetiu gestanden habe.

Eine amerikanische Lebensmittelkammer für Wien.

Wien, 27. Okt. In der Organisation der Lebensmittelversorgung in Wien steht durch Einführung einer amerikanischen Lebensmittelkammer eine radikale Änderung bevor. Nach Mittelnungen des Wiener Bürgermeisters werden die Amerikaner insbesondere mit Rücksicht auf die unehrdete Korruption in den Wiener Gemeindefunktionen auch die Speisung der Erwachsenen übernehmen. Im kommenden Winter sollen bis zu einer Million Menschen in Wien täglich gespeist werden, zu jedem Liter wenigstens einmal täglich eine ausgiebig warme Mahlzeit zu sichern. Zur Bewältigung dieser Aufgabe werden dem Vertreter der amerikanischen Mission durch einen besonderen Staatsakt weitgehende Vollmachten erteilt werden. U. a. wird es zu den Aufgaben der amerikanischen Lebensmittelkammer gehören, die Vorräte aus der neuen Ernte in den einzelnen Ländern Österreichs voll zu erfassen.

Vernstorf getauft.

London, 27. Okt. Die Untersuchungen der deutschen Lastschiffe zur Prüfung der Verantwortlichkeit haben in England großes Interesse erweckt. Englische Diplomaten behaupten, daß man in Deutschland einen ganz anderen Eindruck von der Macht Wilsons im Jahre 1916 und 1917 in bezug auf die Verbündeten habe. Das Vertrauen des Grafen Bernstorff in Wilson und Oberst House bezeichnet ein bekannter englischer Diplomat als „Sentimentalität“, denn Wilson habe weder Auftrag noch Zustimmung von einer Verbandsmacht gehabt, um wirklich mit Deutschland über die Möglichkeit eines Friedens zu unterhandeln. Wenn Wilsons Aussagen Graf Bernstorffs Verantwortung zu der Annahme geben, daß hinter Wilson eine stärkere Gruppe der Verbündeten stünde, so habe er sich eben getäuscht. Oberst House, der damals nach Europa und nach Deutschland reiste, um sich über die tatsächlichen politischen Verhältnisse zu unterrichten, habe in London und Paris den tiefen Eindruck erhalten, daß der Verband nicht geteilt war, auf etwaige Vorschläge Deutschlands einzugehen, um mit Hilfe Amerikas über Wilson zum Frieden zu kommen. Diese Auffassung hat Oberst House seinen Freunden in London mitgeteilt und erwähnt, daß Wilson es unter diesen Umständen nicht wagen würde, den Verbündeten Vorschläge zu unterbreiten. Im November 1916 stand bereits fest, daß Amerika sich im März 1917 im Krieg befinden werde. Die Enthaltungen, die man jetzt in Deutschland erwartet, könnten daher auf Irrwege führen, wenn sich nicht Oberst House oder englische Diplomaten darüber äußern.

Der Krieg im Osten.

London, 27. Okt. Nach Blättermeldungen ist der Generalstab der Roten Armee in Jaroslavl gefangen genommen worden. Trotz entkam in einem Automobil. — Amerika wird das Heer des Generals Judenitch mit Lebensmitteln versorgen. Der Angriff gegen Petersburg ist zum Stehen gekommen.

Oberst Awalow hat einen Teil von Riga, das von den Bolschewisten hartnäckig verteidigt wird, unter Feuer genommen.

Paris, 27. Okt. Den Mätern zufolge ist General Franche d'Espèray ins Baltikum geschickt worden.

Amerika der Weltbankier.

Amsterdam, 26. Okt. Dem „Telegraaf“ zufolge meldet die „Times“ aus New York, daß die italienische Abordnung bei der Internationalen Handelskonferenz in Antantia Cury vorgeschlagen habe, daß die amerikanischen Bankiers Italien einen langfristigen Kredit gegen einen billigen Zinsfuß im Betrag von rund 100 Millionen Pfund Sterling (2 Milliarden Mark in Gold) gewähren sollten. Die Vertreter von Frankreich, Belgien und Italien haben mitgeteilt, daß sie für das Jahr 1920 zusammen Rohstoffe und andere Waren im Gesamtwert von 300 Millionen Pfund benötigen. Der belgische Vertreter Jahnien sagte, daß Belgien langfristige Kredite in 10 bis 20 Jahre ließen, benötigte.

Amerika wird Europa im nächsten Sommer Kredite von rund 8 1/2 Milliarden Goldmark verschaffen müssen. Der französische Bevollmächtigte Comaris erklärte, daß die Ausgabe französischer Obligationen in Amerika die beste Methode wäre, um die notwendigen Kredite herbeizuschaffen. Man schätze, daß im Jahre 1920 Frankreich 2 Millionen Tonnen Kohle und Italien ebenfalls mehrere Millionen Tonnen benötigen werde.

Noch eine Klausel.

Washington, 27. Okt. Im Senat wurde ein Antrag zum Friedensvertrag eingebracht, daß die amerikanischen Mitglieder in der Versammlung und im Völkerbund vom Kongress (Repräsentantenhaus und Senat) bestimmt werden.

Der Streik in Amerika.

Washington, 27. Okt. Die Bergarbeiter lehnten den Schiedsspruch Wilsons ab, obgleich er von den Arbeitgebern angenommen war. Der allgemeine Streik, bei dem 2 Millionen Arbeiter in Frage kämen, scheint unvermeidlich. (Die Arbeiter verlangen die Verstaatlichung der die Sozialisierung der Bergwerke, die Errichtung und Anerkennung der Gewerkschaften mit dem Recht der Aufstellung der Lohn-Tarifverträge, der Festlegung der Arbeitsbedingungen usw.) Während des Kriegs waren diese Forderungen teilweise und bis zu einem gewissen Maße vom Kriegsarbeitssamt eingeführt worden, um die Erzeugung keinen Störungen auszuweichen. Mit dem Wiedereintritt wurden die Bestimmungen, die das Kapital drückend empfunden hatte, wieder befreit oder es wurde gegen die Beteiligung wenigstens von Seiten der Regierung keine Schwierigkeiten gemacht. (D. Schr.)

Washington, 27. Okt. Wilson hat eine vom Kabinett genehmigte Erklärung veröffentlicht, in der der absichtliche Streik der Braunkohlenarbeiter für ungesetzlich erklärt wird und die Beamten aufgefordert werden, sie zu verhindern. Die Klagen werden nicht, falls sie nicht gesunden werden, werden, um die Nation zu schädigen. Das Kabinett beschloß die Einberufung einer neuen internationalen Konferenz, um Beziehungen zur Verfestigung des Friedens in der Industrie herbeizuführen zu können.

Rom, 27. Okt. In Italien wird der Kampf in Amerika mit Beforgnis betrachtet, da im Falle des Kohlenarbeiterstreiks die Kohlenversorgung für Italien wegfallen würde.

Zeitungsverbot.

Berlin, 27. Okt. Die „Deutsche Zeitung“ ist wieder verboten worden.

Madrid, 27. Okt. Die Königin ist am Samstag abend nach London abgereist.

Gewinnbeteiligung.

Barcelona, 27. Okt. Der spanische Arbeitereverbund stimmte dem Antrag zu, daß die Arbeiter an den Betriebsverträgen Anteil haben sollen.

Baden.

Karlsruhe, 23. Okt. Der Bund deutscher Bodenreformer hält am 5. November in Karlsruhe im großen Rathhausaal eine Landesversammlung ab.

Pforzheim, 25. Okt. Die Stadtgemeinde Pforzheim hat für 90 000 Mk. das Gasthaus zur „Sonne“ in Neuenweg bei Schönan gekauft, um dort ein Erholungsheim für bedürftige oder minderbemittelte kranke Personen einzurichten.

Mannheim, 25. Okt. Die Erwerbslosen erhalten nach einem Beschluß des Stadtrats auf die ihnen zu gewährenden Winterbeihilfe einen Vorstoß und zwar die Beihilfeträger in der Höhe von 150 Mk., die Ledigen in der Höhe von 100 Mk.

Heidelberg, 25. Okt. Zu den Jagen, die von 23. Oktober an auch an Werktagen bis auf weiteres eingestellt worden sind, gehört der Personenzug 910 Heidelberg—Offenburg, ab Heidelberg 8 Uhr vormittags, ab Karlsruhe 9.43 Uhr vormittags, Offenburg 1 Uhr nachmittags. Da dieser Zug insbesondere von Angehörigen der Heidelberger Geschäftswelt regelmäßig stark benützt wurde und nunmehr zwischen 5.48 Uhr vormittags um 1.05 Uhr nachmittags ein Personenzug auf der Strecke Heidelberg—Karlsruhe—Offenburg nicht verkehrt, ist Abgesandener Dr. Lefter bei der Generaldirektion wegen Wiedereinsetzung des genannten Zuges vorstellig geworden. Von der Generaldirektion ist eine Prüfung der Anregung angelegt worden.

Heidelberg, 25. Okt. Als Lebensmittelkräftige beabsichtigt die Stadtgemeinde 50 000 kg. Fett, 60 000 kg. Reis und 30 000 kg. Hülsenfrüchte zu bestellen. Außerdem soll kondensierte Milch beschafft werden.

Heidelberg, 25. Okt. Ein junger Mann aus Eggersheim wurde hier verhaftet. Er hatte Spigenwaren im Wert von 100 000 Mk. nach Eggersheim geschmuggelt.

Weinheim, 25. Okt. In einer hiesigen Weinhandlung wurden sieben Zentner Rohzucker beschlagnahmt. — In einem Warenhaus waren Wäsche- und Kleidungsstücke im Wert von über 10 000 Mk. gestohlen worden. Die Diebe konnten verhaftet werden. Ein großer Teil der Beute wurde wieder aufgefunden.

Offenburg, 25. Okt. Die Strafkammer verurteilte den Kaufmann Karl Albert Friz aus Bühlerthal wegen Vergehens gegen die Tabakverordnung vom 10. Oktober 1916, wegen Preistreiberei und schwerer Urkundenfälschung zu Geldstrafen von 500 und 1000 Mark und zu einer Woche Gefängnis, den Gastwirt August Schöpflin aus Bahlingen wegen schwerer Urkundenfälschung und Preistreiberei zu 10 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, den Zigarrenfabrikanten Eric Wurtz aus Zehnheim wegen Preistreiberei zu 4 Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, den Kellner Karl Schmid aus Schönau wegen schwerer Urkundenfälschung, Betrugs, Aneignungs und Vergehens gegen die Tabakverordnung zu vier Monaten Gefängnis den Kellner Karl Christian Mast aus Enzlingen wegen Vergehens gegen die Tabakverordnung und Aneignung zu zwei Monaten Gefängnis. Der beschlagnahmte Tabak wurde eingezogen.

Hörsingen, 25. Okt. Auf dem Bahnhof Leßlog nahm die hiesige Schutzmannschaft 141 Pfund Zuckerdiebstahl; sie kam aus Lindau und war für Konstanz bestimmt.

Karlsruhe, 27. Okt. Abg. Rechtsanwalt Venedey in Konstanz hat sein Mandat niedergelegt, da ihn seine Berufstätigkeit zu sehr in Anspruch nehme, um seine Abgeordnetentätigkeit voll ausüben zu können. An seine Stelle tritt die Schriftstellerin Marie Schloß in Köhrigfeld (Schwarzwald) in den badischen Landtag. Damit hat die demokratische Landtagsfraktion wieder ein weibliches Mitglied erhalten, nachdem Frau Marianne Weber-Heidelberg infolge Wegzugs nach München aus dem Landtag ausgeschieden ist.

Karlsruhe, 27. Okt. Die Regierung hat die badische Gesandtschaft für Bayern und Württemberg in München vom 1. Januar 1920 ab aufgehoben.

Karlsruhe, 27. Okt. Der Haushaltsausschuß des bad. Landtags hat in seiner Sitzung am Samstag vormittag auf Grund einer Vereinbarung zwischen den in der Regierung vertretenen Parteien beschlossen, wegen Auszahlung einer einmaligen Bezahlungsschuld Hilfe an Beamte, Lehrer, Arbeiter, Aufgehaltene usw. im Landtag für die am nächsten Mittwoch stattfindende Sitzung folgenden Antrag zu unterbreiten:

Es sollen erhalten: Ortsgruppe I: Verheiratete 500 Mk., Kinder 200 Mk., Ledige 300 Mk.; Ortsgruppe II: Verheiratete 400 Mk., Kinder 200 Mk., Ledige 300 Mk.; Ortsgruppe III: Verheiratete 300 Mk., Kinder 150 Mk., Ledige 150 Mk.; Ortsgruppe IV: Verheiratete 200 Mk., Kinder 100 Mk., Ledige 100 Mk. Der ordentliche Gesamtanspruch beträgt nach dem 30. Oktober 1919 1 100 000 Mk.

Karlsruhe, 27. Okt. Als Nachfolger von Hans Thoma wurde Dr. W. A. Stord, der Leiter der städtischen Sammlung und des kunstwissenschaftlichen Instituts der Kunsthalle zu Mannheim, als Direktor an die Kunsthalle nach Karlsruhe berufen.

Karlsruhe, 27. Okt. In der Nacht zum Freitag wurde in den Bahnhof Mühlburg eingebrochen; und aus einer Sendung 180 bis 200 neue Wägen, sowie 50 Stück neue Hufe im Wert von etwa 6000 Mark entwendet.

Am 18. Oktober abends wurde aus der Stallung der Artilleriekaserne an der Moltkestraße eine 9-jährige Fohlenstute nebst Sattel- und Zaumzeug, im Wert von 4500 Mark gestohlen.

Durlach, 27. Okt. In der Nacht zum Samstag wurde der Laden des Uhrmachers Reißburger vollständig ausgeraubt.

Bruchsal, 27. Okt. In Weinsheim brachen Unbekannte in die evangelische Kirche ein und stahlen verschiedene silberne Tauf- und Abendmahlsgeräte, darunter einen von der Firma von Bohlen und Halbach gestifteten Abendmahlskelch.

Pforzheim, 27. Okt. Für den durch Rücktritt des Oberbürgermeisters Habermeier erledigten Oberbürgermeisterposten haben sich 38 Personen gemeldet, fast sämtliche von auswärts.

Pforzheim, 27. Okt. Die hiesigen Gastwirte schlossen sich in eine Lohbewegung an. Sie verlangen Erhöhung ihrer Bezüge, so sollen Oberkellner und Förstner monatlich 100 Mk., Restauranten, Zimmerkellner und Kellnerinnen monatlich 80 Mk., bei freier Kost und Wohnung und Verbehalten des Trinkgebühres erhalten.

Mannheim, 27. Okt. Infolge des dem Kommunalverband zuzählenden Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtwild, hat der Stadtrat die Bezieher für alle Sorten Rindfleisch um 20 Pfg., für Kalbfleisch um 40 Pfg. und Hammelfleisch um 34 Pfg. das Pfund Erbsengröße mit Wirkung vom 27. Oktober, während die Wurstpreise unverändert bleiben. — Die Brotpreise dagegen werden durch die längst erhoffte Verbilligung des Weizens infolge der Herabsetzung des Ausmaßes dieses für Weizen von 28. Oktober ab auf 112 Pfg. für 3 Bunde, für Kleinrot (100 Gramm) auf 12 Pfg. erhöht. Weizenauszug nebst Kosten 45 Pfg., Weizenbrot 42 Pfg. und Roggenmehl 37 Pfg. das Pfund.

Mannheim, 27. Okt. Eine Sendung von 51 Tsd. Weizenmehl war vor einiger Zeit von der Pfalz nach Mannheim gekommen. Als Abender war die Firma Jagen und als Empfänger der Kommunalverband Mannheim bezeichnet. Da die Sendung unordentlich war, wurde sie nicht beschlagnahmt. Nachträglich ergab sich aber, daß es sich um eine Schiebung handelte, da weder Abender noch Empfänger, sowie Reichsgetreidestelle etwas davon wußte.

(-) **Eiterburken**, 27. Okt. Auf dem Bahnhof wurden hier große Wassermittelkündigungen beschlagnahmt.

(-) **Wernheim**, 27. Okt. Der hiesige Mähnenarbeitersverein wurde nach 10tägiger Dauer beendet.

(-) **Nehl**, 27. Okt. Oberzollverwalter Groß ist durch die französische Gendarmerie wegen Nichtablieferung von Waffen verhaftet worden. Groß hatte nämlich einen alten Säbel in seiner Wohnung, den er einmal geschenkt erhalten hatte. Durch eine Denunziation war die französische Behörde von dieser Waffe unterrichtet worden. Oberzollverwalter Groß hat übrigens schon früher einmal eine erhebliche Geldstrafe erhalten, weil er etwas tat, was den Franzosen nicht gefiel.

(-) **Offenburg**, 27. Okt. Der Bürgerausschuß beschloß, zur Konsolidierung der während des Krieges gemachten Gelddausnahmen die Aufnahme einer Anleihe von drei Millionen Mark. Geizgeber wird eine katholische Oberfinanzverwaltung sein.

(-) **Vahr**, 27. Okt. In Rannemweiser wurden 7 Listen Schulpflicht beschlagnahmt. In Schenkelheim wurde in Lombard festgenommen, der unter dem Verdacht des Schleichhandels mit Eiern, Butter und Tabak steht. Er soll im Besitz von über 40000 Mk. gewesen sein; das Geld wurde beschlagnahmt.

(-) **Waldbühl**, 27. Okt. Das Schöffengericht hat in einer letzten Sitzung über 11 Personen wegen ungebührlichen Verhaltens mit Schweizerkuppen Strafen in Gesamthöhe von 70000 Mk. nebst Wareneinziehung ausgesprochen. In einem Fall wurde einer der Stumpenmacher zu 35000 Mk., in einem anderen Fall zu 75000 Mk. verurteilt.

Evang. Landtagerversammlung.

ep. **Stuttgart**, 24. Okt. In der gestrigen 5. Sitzung wurde die Beratung über die Stellung der ev. Kirche zur Neuordnung des Schulwesens weiter geführt. In Grunde lagen die Vorschläge der Kirchenleitung, sowie eine Reihe von Zusatz- und Änderungsanträgen des Schulausschusses, die der Berichterstatter Abg. Wurfel-Tübingen erläuterte. Er hebt besonders hervor, daß die Ausschußverhandlungen von einem Geist herzlichen Vertrauens zwischen Pfarrern und Lehrern getragen gewesen seien. Im gleichen Sinn der Verständigung sprechen die Abg. Welsch-Baihingen u. und Hummel-Crailsheim. Von den Vorschlägen gibt Say 3b, der die Erhaltung der konfessionellen Schule in geschlossenen ev. Gemeinden, in Diaspora- und ähnlichen Minderheitsgemeinden und auch in den größeren Städten wenigstens als eine Schulart neben anderen verlangt, zu lebhaften Erörterungen Anlaß. Abg. Welsch-Heilbronn weist darauf hin, daß von der württ. Lehrerschaft nur ein verhältnismäßig kleiner Teil die religionslose Schule haben will. Die Simultanschule hat mehr Anhänger, doch stehen die Mitglieder des Vereins ev. Lehrer und auch viele vom Württ. Lehrerverein auf dem Boden der Konfessionsschule. — Abg. Ganger-Ludwigsburg: Die Konfessionsschule ist die wahre geistige Heimat für ev. Lehrer und Schüler. — Abg. Alenk zeigt an einem Schulbeispiel, wie nur in der Konfessionsschule in allen Fächern sittlich-religiöse Bildungsarbeit getrieben werden könne. — Abg. Hoffmann fordert die Konfessionsschule für die Diaspora. — Präsi. D. v. Keller erklärt, soweit ihm bekannt, seien die Staatbeiträge für die Konfessionsschulen nicht in Frage gestellt.

Schließlich werden die Vorschläge 1-3 mit den vom Ausschuß beantragten Änderungen, 3b in einer vom Abg. Weismann und Gen. beantragten bestimmteren Fassung, angenommen. Einstimmige Annahme fand eine vom Ausschuß beantragte Erklärungsbeschlusse, in der die württ. Regierung gebeten wird, dahin zu wirken, daß Art. 146 Abs. 2 Satz 2 der Reichsverfassung so ausgelegt werde, daß das Recht der Konfessionsschulen in den Grenzen einer bestimmten Schularart eingeschrankt wird. Ebenso ein Aufruf an das ev. Volk.

Nach Annahme von Leitsatz 4 und 5 erläutert der Berichterstatter die Ausschlußanträge zu Leitsatz 6-8. Er spricht namens des Ausschusses den Lehrern warmen Dank aus für ihre in der religiösen Jugendunterweisung geleistete treue Arbeit. Abg. Traub, Blank und Kossigk treten noch einmal für Uebernahme des gesamten Religionsunterrichts durch die Kirche ein, während der Vertreter des Synodus Dr. Schöckel erklärt: „Die Verkirchlichung des Religionsunterrichts bedeutet die Verkirchlichung der Schule“; jetzt geht es mit der staatlichen Verwaltung eine Verständigung zu suchen.

Nächste Sitzung: Freitag vorm. 9 Uhr.

In der heutigen 6. Sitzung wurde die Beratung über die Schulfrage zu Ende geführt. Ein Antrag Traub auf Uebernahme des gesamten Religionsunterrichts durch die Kirche wird mit 60 gegen 19 Stimmen abgelehnt. In der Erörterung über die Aufsichtfrage handelte es sich um zwei Fragen: Soll ein Vorschlagsrecht der Oberkirchenbehörde für die zu bezeichnenden staatlichen Aufsichtspersonen beansprucht werden? und soll ausgesprochen werden, daß zu diesem Amt in erster Linie die staatlichen Bezirksämter aufsteiger herangezogen sind? Beide Fragen werden bejaht. Auch sprach die Versammlung den Wunsch aus, daß die Ortsgeistlichen und tüchtigsten Laien bei der Stellung eines geschäfts-führenden Vorsitzenden des Ortskirchenrats einbezogen werden möchten. — Zur Organisationsfrage wird die Erwartung ausgesprochen, daß nach wie vor eine große Anzahl von Lehrern sich für den Organisationsdienst zur Verfügung stellen und in den staatlichen Lehrerbildungsanstalten die Pflege der Kirchenmusik auch in Zukunft Stätte finden werde; doch wird auch die Veranstaltung eigener Hilfskräfte in Aussicht genommen und dafür staatliche Beihilfe gewünscht.

Stuttgart, 25. Okt. In der heutigen letzten Sitzung des Tagungsabends erfolgten die Wahlen zum Synodalausschuß. Es wurden gewählt die Abg. Römer-Stuttgart, Döringer-Ulm, Röder-Stuttgart, Kürst u. Hohenlohe-Langenburg; Ersatzleute sind die Abg. Ganger-Ludwigsburg, Döringer-Schorndorf, Welsch-Baihingen a. G., Mayer II-Stuttgart, Mayer I-Heilbronn, Duppensauer-Freudenstadt, Hartenstein-Ganau, C. Ele-Baihingen a. G. Dann wurde über die Stellung der

ev. Kirche zu dem Plan eines deutschen ev. Kirchenbundes beraten. Der Plan findet irdige Zustimmung. Das Haus beschloß, sich grundsätzlich damit einverstanden zu erklären und ermächtigt die Oberkirchenbehörde, den Bundesvertrag mit vorzubereiten, doch so, daß der Vertrag selbst der Synode vorbehalten bleibt.

Schließlich wird einstimmig eine Kundgebung der Oberkirchenbehörde und der Landeskirchenverwaltung an die ev. Kirchengemeinden ausgesprochen, in der im Hinblick auf die schweren sittlichen Zustände der Zeit, Erwerbslosigkeit, Unredlichkeit, Gewalt in eindrucksvollen Worten aufgefordert wird zu Gottesfurcht und Gerechtigkeit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit.

Württemberg.

(-) **Stuttgart**, 25. Okt. Umbildung des Ministeriums. Die durch den Tod des bisherigen Justizministers Dr. v. Kienle und die Uebertragung des Ministeriums des Innern Dr. Lindemann nach Adolph gewordenen Neubereitungen zweier Ministerien ist nach einer eingehenden Beratung in Verbindung mit einer weitreichenden Umbildung des Kabinetts vollzogen worden. Das Justizministerium übernahm der Zentrumsgewählte Amtsrichter Holz, das Ministerium des Innern der bisherige Kultusminister Hermann. An die letzteren Stelle wird der Abg. Regierungsdirektor Dr. von Hieber (D. dem. P.) Kultusminister. Der Ernährungsminister Baumann (D. dem. P.) tritt zurück und wird durch den Abgeordneten Graf (Zentrum) ersetzt. Nach der Umbildung gehören in dem nach Wegfall des Kriegsministeriums, das der Sozialdemokrat Hermann innehatte, aus sieben Ministerien bestehenden Kabinett nunmehr drei Minister der Sozialdemokratie wozu noch der Staatssekretär für das Verkehrswesen Dübener kommt, zwei dem Zentrum und zwei der demokratischen Partei an.

(-) **Stuttgart**, 25. Okt. (Verhaftungen.) Eine Anzahl Kommunisten wurden laut „Sozialdemokrat“ heute morgen in Stuttgart verhaftet, darunter auch der Revolutionskriegsminister Schreiner.

(-) **Heilbronn**, 25. Okt. (Erholungsheim.) Die hiesige Ortskrankenkasse beschloß den Ankauf des Anstalts Klosterhof in Franenalb, bad. Amts Eppingen, in dem sie ein Erholungsheim für ihre Krankenmitglieder einrichten wird. Der Kaufpreis beträgt 200000 Mk.

(-) **Ulm**, 25. Okt. (Ein begehrter Posten.) Um sie erledigte Vorhandstelle der inneren Abteilung des württ. Krankenhauses haben sich 34 Bewerber, darunter eine größere Zahl namhafter Universitätsprofessoren, beworben.

(-) **Laupheim**, 25. Okt. (Genossenschaft.) Die Genossenschaft in Stetten beabsichtigt die rühmere heimische Mühle dabei künstlich zu erwerben und genossenschaftlich zu betreiben.

(-) **Friedrichshafen**, 25. Okt. (Eingrenkung des Schiffsverkehrs.) Vom 26. Oktober an wird an Sonntagen der württembergische Schiffsverkehr bis auf weiteres eingestellt.

(-) **Stuttgart**, 27. Okt. (Vertretertag der Bürgerpartei.) Am 25. und 26. Oktober hielt die württembergische Bürgerpartei hier einen Vertretertag ab auf dem vor allem Organisationsfragen, sowie die Festlegung der Richtlinien der Partei zur Behandlung standen. Die Partei will im Sinne des nationalen, sozialen und christlichen Programms arbeiten. In einer öffentlichen Versammlung im Festsaal der Liederhalle sprachen der Landesvorsitzende Dr. Weismann über allgemeine politische Fragen, der Abgeordnete der Nationalversammlung v. Kraut über die Politik der Deutsch-Nationalen im Reichstag und der Fraktionsvorsitzende Abg. Bazzill über die Politik der Partei in der Landesversammlung. Die von vormaliger Vaterlandsliebe getragene Reserven fanden in der zahlreich besuchten Versammlung starken Beifall. Die Veranstaltung war zugleich eine Kundgebung an Bismarcks Geist, dessen Bild in frischem Grün auf der Bühne prangte und eine Kundgebung für das alte Kaiserreich, dessen Reichsarchivar schwarz-weiß-rot den Saal schmückte. Zum Schluß wurde mit Orgelbegleitung „Deutschland, Deutschland über alles“ angestimmt.

(-) **Stuttgart**, 27. Okt. (Stiftung.) Der verstorbenen Oberstudienrat Mayer hat dem Verein für die Deutschheit im Ausland 1000 Mark vermacht und eine weiteren namhaften Betrag seiner früheren Sitzung für die Oberrealschule in Cannstatt hinzugefügt.

(-) **Stuttgart**, 27. Okt. (Selbsthilfe.) Der Verband Württ. Industrieller, die industriellen Kohlenkonsumvereine und die im Württ. Industriegebiet (G. m. b. H. Stuttgart) vereinigten Städte haben sich Zweck besserer Versorgung mit Braunkohle in zusammengeschlossen. Der Württ. Industrie-Kohlenverein hat auf mehrere Jahre hinaus ein ausgedehntes aufgeschlossenes Braunkohlenlager im Westerwald geachtet. — Am nächsten Mittwoch veranstalten die im Landesverband der Württ. Industrie: n ammer e hiesigen G. m. b. H. in Stuttgart eine Industrie-Konferenz in der die Württ. Industrie-Kohlenverein über die Betriebsfrage zu sprechen werden soll.

(-) **Stuttgart**, 27. Okt. (Theatermuseum.) Hier hat sich ein Ausschuß zur Gründung eines deutschen Theatermuseums gebildet. Eines der Ziele soll, wie in der Versammlung gesagt wurde, auch sein, Süd-Deutschland von der Berliner Theatermacht zu befreien.

(-) **Stuttgart**, 27. Okt. (Leichenverbrennung und Kohlennot.) In einer Versammlung des Ortsrats der christlichen Gewerkschaften wurde scharfer Widerspruch dagegen erhoben, daß die Stadtverwaltung die Leichenverbrennungen fortsetzt, obgleich viele taufend Familien keine Kohlen erhalten. In jeder Verbrennung werden im Krematorium 35 bis 40 Zentner Kohlen verbraucht.

(-) **Stuttgart**, 27. Okt. (Betriebsjahr anfang der Straßenbahn.) Der Straßenbahnbetrieb wurde von gestern an für einige Tage weiter eingeschränkt. Heute ruhte der Betrieb auf nicht weniger als 7 Linien vollständig.

Die Straßenbahn wird am Dienstag und Mittwoch den ganzen Vormittag eingestellt, nachmittags wird der Betrieb auf die Hälfte eingeschränkt.

(-) **Stuttgart**, 27. Okt. (Die Verhaftung der Kommunisten.) Wie der „Sozialdemokrat“ schreibt, wurden außer dem Genossen Schreiner noch viele andere Genossen verhaftet, darunter Wäcker, Schnepp, Sühnd und Veria Talheimer, außerdem hat eine größere Anzahl Hausdurchsuchungen stattgefunden. Die Abgeordnete Klara Jekin hat eine kleine Anfrage an die Minister der Justiz und des Innern gerichtet. Sie lautet: „Ist den Herren Minister bekannt, 1. daß gestern eine Anzahl meiner Parteigenossen in Schutz- oder Untersuchungshaft genommen worden sind; offenbar infolge eines Irrtums der verantwortlichen Behörden; 2. daß die Verhafteten nicht in Stuttgart verblieben sind, sondern nach einem unbekanntem Ort verbracht wurden; 3. daß den Angehörigen die Auskunft über den Aufenthaltsort verweigert worden ist, wie die Auskunft darüber, welche strafbaren Handlungen diesen zur Last gelegt und von welchem Gericht die Untersuchung geführt wird.“

(-) **Eßlingen**, 27. Okt. (Landesversammlung der U. S. V.) Die Unabhängigen Sozialdemokraten Württembergs hielten am Samstag und Sonntag hier eine außerordentliche Landesversammlung ab. Aus Berlin war dazu die Genossin Fies erschienen. Der Abg. Engelhardt erstattete den Bericht der Landeskommission, nach dem die Zahl der Ortsvereine seit November v. J. von 80 auf 133 gestiegen ist. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 14500.

(-) **Reihingen**, 27. Okt. (Ludwigsburg, 27. Okt. (Mej) (Verkehr.) Bei einem Wortwechsel, den der Stationsvorstand Budzisch mit Fahrgästen, die die Bahn regelmäßig benutzen und sich der Verkehrsordnung nicht fügen wollten, hatte, wurde er kurzerhand in den Unterleib geschossen. Schwerverletzt mußte er ins Bezirkskrankenhaus Ludwigsburg gebracht werden.

(-) **Reutlingen**, 27. Okt. (Einbrecher.) Der Stationskommandant hat zwei Einbrecher hier gefaßt, die in Gomaringen in einem Bauernhaus einen Einbruch verübt hatten.

(-) **Wetzheim**, 27. Okt. (Der Tod auf den Schienen.) Am Samstag vormittag geriet die Kählers Witwe Christian Wagner oberhalb Breitenfurt unter die Räder des Eisenbahnzugs und wurde sofort getötet.

(-) **Gmünd**, 27. Okt. (Unterschlagen.) Eine hohe Konfession wurde festgenommen, die sich in ihrem Besitz Wertgegenstände in Höhe von etwa 20000 Mk. hatte zu schulden kommen lassen. Bei den Hausdurchsuchungen wurden noch Gold- und Silberwaren im Wert von einigen Tausend Mark vorgefunden. Auch die Mutter des Mädchens ist verhaftet.

(-) **Alten**, 27. Okt. (Vorsicht.) Ein hiesiger Weichsälmann sollte durch einen Unbekannten zu einem größeren Bareinkauf nach auswärts gelockt werden. Er raute jedoch der Sache nicht und benachrichtigte die Polizei. Dieser gelang es, den Unbekannten, der gut bewaffnet war und anscheinend einen Raub vor hatte, in der Bahn festzunehmen.

(-) **Blaubeuren**, 27. Okt. (Gul abgelaufen.) Einem Landwirt in Mingsenfeld wurde in der Nacht ein Handgranate unter sein Anwesen gegraben, um es in die Luft zu sprengen. Die Granate riß aber ein großes Loch in die Mauer und richtete an dem Gebäude und in der Nachbarschaft einigen Schaden an. Die Bewohner kamen mit dem Schrecken davon.

(-) **Blaufelden**, 27. Okt. (Beschlagnahme.) In der Nacht wurden drei Fuhrwerke mit 120 Zentner Erbsen beschlagnahmt, die nach Weigenheim verschoben werden sollten, angehalten.

(-) **Oberdorf**, 27. Okt. (Autolinie.) Die Einrichtung der Kraftwagenlinie Oberdorf-Alpirsbach ist nunmehr gesichert, da sie vom Staat übernommen wurde.

(-) **Hottweil**, 27. Okt. (Katholikentag.) Der jährliche Katholikentag nahm einen imposanten Verlauf. Am halb 9 Uhr war Festgottesdienst in der mit Andächtigkeiten dichtgefüllten Heiliggeistkirche. Die Festpredigt hielt hepeten Dr. Unter-Tübingen. Das Pontifikat am zelebrierte Bischof Dr. von Keppler. Um 2 Uhr fanden in der städtischen Turnhalle, im Saalbau zur „Sonne“ und in Pöngsaaal Versammlungen statt.

(-) **Ebingen**, 27. Okt. (Schadenfeuer.) In der Nacht auf Sonntag ist in den Fabrikgebäuden Daniel Groß Söhne ein Brand ausgebrochen. Das Feuer konnte nur seinen Herd beschränkt werden. Der Schaden ist bedeutend. Als Ursache dürfte Selbstentzündung der pulverisierten Kräuter infolge Wärmelagens der Mahlmühle in Betracht kommen.

— **Endlich etwas billiger.** Nach Mitteilungen des Reichswirtschaftsministeriums sind mit der brasilianischen Regierung Verhandlungen wegen Ankaufs von Kaffee im Gange. Falls der Kauf zustande kommt, würde das Pfund Kaffee im Kleinverkauf auf 8 Mark zu sinken können.

Dem Abg. Gaase wurde am Montag der 17. Wahlbezirk abgenommen.

Der Kaiserfilm. Das Gericht hat die Einziehung des sogenannten Kaiserfilms entsprechend dem Antrag des Vertreters des Kaisers wegen Verletzung der Rechte des Kaisers an seinem Bild verfügt. Bonn hat den Film aber schon im Ausland veräußert lassen.

Hohe Lebensmittelpreise hat auch Frankreich, um zwar 5. T. weit höhere als Deutschland. An der Börse in Lyon wurden notiert: Weizen 29,20 Mk. (in Gold) Weizenmehl 20 Mk., Kleie 18 Mk., Roggen 24,40 Mk., Gerste 30 Mk., Hafer 28 Mk., Kartoffeln 20 Mk. der Zentner.

Die französische Regierung hat die Einschmelzung von Gold- und Silbermünzen unter hohe Strafen gestellt.

Potales.

Die Löhne der Lederarbeiter sind in Württemberg vom 1. Oktober ab um 50 Pfg. für männliche und 30 Pfg. für weibliche Arbeiter in der Stunde erhöht worden.

Falsche Banknoten. Beim Hauptpostamt Stuttgart ist eine falsche Reichsbanknote zu 1000 Mark angehalten worden. Das Papier der Fälschung ist bedeutend schlechter und brüchiger als bei den echten Noten, auch ist der Druck vielfach verschwommen.

Habt acht auf die Gänse! Die Zeit des Gänsekaufes ist wieder gekommen. Das sieht man schon daran, daß die Gänse diebstahl wieder an der Tagesordnung sind und die Schieber im Schwange geht. In der Herbermühle in Wemding bei Nördlingen wurden kürzlich nachts 25 Gänse aus dem Stall gestohlen. Einem Schleichhändler, der im Ries 200 Gänse, das Stück zu 50 Mark aufgekauft hatte, um sie ins Württembergische zu verschieben, wurde der ganze Bestand abgenommen.

Zeitweilige Einstellung des Personenverkehrs? Das bayerische Ministerium hat bei der Reichsregierung beantragt, den gesamten Personenverkehr der Eisenbahnen auf 10 bis 14 Tage einzustellen, um den Zugverkehr ausschließlich für die Beförderung der Kohle und Lebensmittel auszunutzen. Nach amtlicher Mitteilung sind Vorbereitungen für die Einstellung bereits getroffen. In Oberschleien und Ostpreußen wurde sie auch schon durchgeführt. Man hat aber dort recht schlechte Erfahrungen gemacht. Die Eisenbahnen, die vom Kohlengebiet nach Südostdeutschland führenden Eisenbahnlinien freizumachen — die Kohlennot in Süddeutschland soll eine Folge des niedrigen Wasserstands der Flüsse sein — und man hofft, auf diese Weise die Einstellung des Personenverkehrs vermeiden zu können.

Zum Schutz der Kirchen und kirchlichen Geräte. Angesichts der zunehmenden Gefahr des Einbruchs in Kirchen fordert das bischöfliche Ordinariat in Stuttgart die Pfarrämter und Kirchenstiftungsräte auf für den Schutz der Kirchen und kirchlichen Geräte usw. ernstlich Sorge zu tragen. Es kann sich darum handeln solche Gegenstände für einige Zeit an sicheren Orten unterzubringen.

Aufwendungen für Kriegshinterbliebene. Nach den amtlichen Nachweisungen wurden 1914 insgesamt 5 1/2 Millionen Mark für notleidende Kriegshinterbliebene verausgabt. 1917 stieg die Summe auf 363 1/2 Millionen Mark. Die Ausgaben für 1918 und 1919 werden natürlich noch erheblich höher sein. Die Nationalversammlung hat 1917 an Unterstützungen 6,9 und 1918 insgesamt 10 Millionen Mark ausgegeben. Entsprechend dem am 21. August 1919 gefassten Beschluß der Nationalversammlung ist ein Betrag von 100 Millionen Mark ausgesetzt worden, der zur Gewährung von Beihilfen an bedürftige Hinterbliebene verwendet werden soll. Die Verteilung dieser Beihilfen soll den amtlichen Fürsorgestellen übertragen werden. Die Maßnahmen sollen na-

ment ... die für den Winter zu erwartenden besonderen Notstände zu imachen; insbesondere können die Beihilfen für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920 bewilligt werden. Es wird voraussichtlich möglich sein, die Beihilfen spätestens in der zweiten Hälfte des November zu zahlen, und zwar rückwirkend für Oktober und November zusammen.

Postsendungen an Kriegsgefangene. Nach Mitteilung der britischen Behörde bleibt eine Anzahl deutscher Gefangener auch jetzt noch bei dem britischen Heer in Frankreich zurück und ist in Gefangenensompagnien zusammengestellt, die Nummern von 701 an aufwärts erhalten haben. Sendungen an Gefangene bei diesen Kompagnien werden nach wie vor zur Postbeförderung angenommen. Dagegen sind Sendungen an Gefangene in englischer Hand auf festländischem Boden wenn die Ordnungskompagnie 700 oder darunter ist, unzulässig, weil die Gefangenen dieser Kompagnien heimgeführt werden.

Mit einem Mitte November von Kopenhagen abgehenden Dampfer der Ostasiatischen Kompagnie können zehntausend Kriegsgefangenenpakete an deutsche Gefangene in Sibirien auf dem Weg über Shanghai abreiandt werden.

Wildbad, 28. Okt. Dem Landsturmann E. Hagenlocher, früher beim Landst.-Inf.-Battl. Eplingen, wurde vom Chef der Reichswehrbefehlshaber Württemberg das Eis-Kreuz II. Klasse verliehen.

Bekanntmachung.

Bei der Gewinnung von Stockholz im Leonhardswald Abt. Bauernweg und Müdensteich werden durch Johann Mutterer, Anwalt in Sprollenhäus vom 29. Okt. ds. Js. an bis auf Weiteres täglich von vorm. 8 Uhr bis nachm. 5 Uhr

Stockholzsprengungen

vorgenommen, was hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Wildbad, den 27. Oktober 1919.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Bekanntmachung.

Bei der Gewinnung von Stockholz im Stadtwald Wanne Abt. Tiefengrund werden durch Friedrich Keck, Maler hier, vom 28. Oktober ds. Js. an bis auf Weiteres täglich vorm. von 8—12 Uhr und nachm. von 1—5 Uhr

Stockholzsprengungen

vorgenommen, was hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Wildbad, den 27. Okt. 1919.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Bekanntmachung.

Bei der Gewinnung von Stockholz im Stadtwald Meistern, Abt. Ziegelsteigle bis Jägerbrunnen werden durch Jakob Tubach, Schlosser hier vom 29. Oktober ds. Js. an bis auf Weiteres täglich von vorm. 8 Uhr bis nachm. 5 Uhr

Stockholzsprengungen

vorgenommen, was hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Wildbad, den 27. Oktober 1919.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Hag- u. Hopfenstangen-Berkauf.

Am Mittwoch, den 29. Oktober 1919, vorm. 11 Uhr werden auf dem Rathaus aus Stadtwald Sommerberg Abt. 10 Waldhütte und am Königin-Cuma-Weg

48 Stück bestellte Hagstangen II. Kl.
117 " " " III.
10 " " Hopfenstangen II. "

gegen Barzahlung verkauft.

Wildbad, 28. Oktbr. 1919.

Stadtpflege.

Wildbad.

Versteigerung.

Wegen Verkauf des Anwesens kommen am Donnerstag, den 30. Oktober 1919 von vormittags 9 1/2 Uhr an im Hause Fuchs in Wildbad folgende Gegenstände zur Versteigerung:

9 vollständige Betten zum Teil mit Hochhaarmatratzen, 2 Sofa, 2 Waschkommode mit Marmorplatten, 2 Waschtische, 6 Nachttische, 1 Kasten, 8 Tische, 8 Bettvorlagen, 2 Kommode, 2 Fauleuil, versch. Polstersessel und Stühle, Treppenläufer, mehrere Stück Linoleum, Spiegel, Porzellan, Waschgarnituren, 1 Waschwanne mit Eisengestell, Bestecke, 1 größere Partie Bettwäsche, Vorhänge mit Galerien, 1 Handkarren, Gartenmöbel und sonstige Haushaltsgegenstände.

Stock- u. Brennholz
kauft jedes Quantum. Angebote an
Otto Rubensdörffer, Biorzheim
Kronprinzenstraße 11 : Tel. 889.

Calmbach.
Heute abend 8 Uhr findet im Saal des Gasthofes zum Bahnhofs eine
Öffentliche Versammlung
statt zum Zweck der Gründung einer
Einwohner-Wehr
in hiesiger Gemeinde. Von der Hauptstelle für Einwohnerwehren Württembergs wird ein Vertreter anwesend sein. Um zahlreicher Besuch der Versammlung wird gebeten.
Den 28. Oktober 1919.
Oberamtmann: Bullinger. Schultheißenamt: A. B.: d'Argent.

Weichsbund der Kriegsschädigten, d. h. m. Kriegsteilnehmer u. Hinterbliebenen. Ortsgruppe Wildbad.
Danksaagung
Dem edlen Geber von 300 Mk. für die Kriegsschädigten und Hinterbliebenen wird an dieser Stelle herzlichst gedankt.
Dr. W. Schick

Als Verlobte grüßen:
Elise Bott
Georg Göpfer
Wildbad Mathansen (Elsap)
Oktober 1919.

Medicinal-Drogerie
Gebr. Schmit, Wildbad.
Backpulver
Vanillezucker, Oetker
Eiersatz
Puddingpulver
Natron, chem. rein
Hirschhornsalz
Zimmt
Nelken
Muskatnüsse
Kardamom
Pfeffer, ganz und gemahlen 140

Dresdner Bank
Aktienkapital und Reserven
Mk. 340 Millionen
Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Briefumschläge
mit und ohne Aufdruck liefert
Wildbader Verlagsdruckerei.

Schuhwaren!
Pantoffeln
und Hauschuhe mit Ledersohlen
Gummi-Abfälle, Leder, Maccos, Seide, u. Eisen-garnriemen, sowie feinste, geruchlose Schuhereme in schwarz, weiß und farbig empfiehlt
Hermann Lutz, Schuhgeschäft, Wildbad.

Sportklub Leichtathletik Wildbad
Heute abend 8 Uhr
außerordentliche
Mottolieder-
Sammmlung
im Lokal. Vollzähliger Erscheinen erwartet
Der Vorstand

„Jugendlust“ Wildbad.
Morgen Mittwoch, den 29. Oktbr., abends 7/8 Uhr
Zusammenkunft
(Spielabend) im Gasthaus zur „Eintracht“ (Nebenzimmer im 1. Stock.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Echte französische
Toilettecreme
Stck. Mk 4,20
und 7,50
bei
Chr. Schmid & Sohn
Abt. Parfümerien,
König-Kürstr.
- 68 -

Städtisches Arbeitsamt
in Lebensmittelamt
Fernsprechanschluß Nr. 140.
Für sofort oder später werden gesucht:

Männlich:
1 Hausdiener
Weiblich:
Zimmermädchen
Servierfräulein
Dienstmädchen
Küchenmädchen
1 Zimmermädchen nach Herrenalb
1 Küch. mädchen nach Herrenalb
Stellen suchen:
a) Männlich:
Kaufmann,
Schlosser
Mechaniker
Fahrer
Invalid (29 J. ihre verh.

Nestles
Kindermehl
wider zu haben.
Oetkers
Gustin
genau wie das engl. Mondusin
ferner feinstes
Olivenöl
Medicinal-Drogerie
Sunder Nachf.
Gebr. Schmit.

Ein aufgeweckter braver Bursche
im Alter von 4—15 Jahren für leichte Arbeiten gesucht.
Pfannkuch & Co.
Wildbad :: Telef. 118.

Ich suche für eine sehr. u. edele kleine Familie nach Ludwigsburg ein in Haushaltung und Küche
selbständiges
Mädchen.
Lohn und Behandlung gut.
Frau Mathilde Belsler
Wildbad,
Villa Carmen.

Milchziege
zu verkaufen.
Alte Linde.
Wilde
Kastanien
kauft das Pfd. zu 15 Pfg.
Adolf Blumenthal.

Kopfläuse
verschwinden unfehlbar durch 314
Mk. 1.50 „Nissin“ (Mk. 1.50
u. haben in der Stadt-Apotheke.
liefert schnell
Distikarten Verlagsdruckerei